

# Dresdner Volkszeitung

Hauptredaktion: Dresden, Raben & Comp., Nr. 1268.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Hauptredaktion: Dresden, Raben & Comp., Nr. 1268.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Königsbrunn und Dresden-Altkönig

Abonnementpreis einschließlich Frachtlohn in der 41. Woche vom 8. bis 12. Oktober 44.000 000 M., unter Kreuzband für Deutschland die Nummer 9.000 000 M., Einzelnummer 8.000 000 M., — M.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10, Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10, Tel. 25 261. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: Grundpreis mal Schlüsselzahl. Grundpreise: die 20 mm breite Korporellzeile 135 M., die 90 mm breite Reflamzeile 500 M., für auswärtige Anzeigen 160 und 560 M. Schlüsselzahl: 100 000. Familienanzeigen. Stellen- und Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefnachlieferung 8000 000 M.

Nr. 238

Dresden, Donnerstag den 11. Oktober 1923

34. Jahrg.

## Ein historisches Ereignis

Die kommunistisch-sozialistische Regierung in Sachsen

(St. K.) Das sozialdemokratisch-kommunistische Kabinett ist am Mittwoch gebildet worden. Der kommunistische Partei sind das Finanz- und das Wirtschaftsministerium zugeteilt worden. Das Kabinett setzt sich demnach zusammen: Ministerpräsident: Dr. Zeigner (Soz.), Ministerium des Innern: Liebmann (Soz.), Finanzministerium: Wöttcher (Komm.), Justizministerium: Neu (Soz.), Ministerium für Volksbildung: Fleißner (Soz.), Wirtschaftsministerium: Gekert (Komm.), Arbeitsministerium: Graupe (Soz.). Es scheiden von den bisherigen Ministern aus: Wirtschaftsminister Jellisch und Finanzminister Held. Außerdem ist vereinbart worden, daß der bisherige kommunistische Parteisekretär Heinrich Brandler zum Ministerialdirektor in der Staatskanzlei ernannt wird.

Die obige Meldung verkündet ein Ereignis von historischer Bedeutung. Es ereignet sich hier das erstmalig in Deutschland, daß kommunistische Minister in ein Kabinett eintreten, welches auf dem Boden der Weimarer Verfassung steht; das erstmalig, daß Kommunisten die unmittelbare Verantwortung mit sozialdemokratischen Ministern teilen. In dem Teil der bürgerlichen Presse, der aus der Weltgeschichte nichts zu lernen gewillt ist, wird sich, je nach Temperament und Charakter, Geheiß und Lamento erheben. Als wir mit den Unabhängigen eine gemeinsame Regierungscoalition eingegangen, erhob sich derselbe Spieß. Dabei bekommt mit dieser sozialistisch-kommunistischen Regierung nach außen hin nur eine längst bestehende Tatsache ihre parlamentarische Prägung: die Tatsache nämlich, daß in Sachsen eine sozialistisch-kommunistische Mehrheit im Ruder ist. Und in Erfüllung geht eine Forderung, die die Sozialdemokratie den Kommunisten gegenüber schon immer geltend gemacht hat: daß es für die R. P. D. nicht genügt, unsere Minister im Parlament zu unterstützen, sondern daß es schon aus Gründen der politischen Pädagogik und Klarheit notwendig ist, bei dieser Sachlage auch an der Regierungsverantwortung in dem entsprechenden zahlenmäßigen Verhältnis teilzunehmen.

Die bürgerliche Presse hat gegen die neue Regierung so ziemlich alles Pulver schon verschossen, ehe sie zustande kam. Sie wird es auch künftig nicht lassen können, den „Sowjetfischen“, dem „Moskauer Joch“ und andern Unsinns zu fabeln. Die Sozialdemokratie ist damit nicht zu treffen. Sie steht auf dem Boden der Verfassung und erachtet die gegenwärtige Grundlage Deutschlands nicht nur als das Fundament der deutschen Zukunft und der Entwicklung zum Sozialismus, sondern sie wird alle Angriffe gegen dieses Fundament mit Entschiedenheit abwehren, von welcher Seite sie immer kommen mögen. Wo in Deutschland noch immer Anarchistenaufstände und kapitalistische Willehür sich breit machen, steigt es nicht an der Verfassung, sondern am Volk. Ueber diesen unsern Standpunkt haben wir die Kommunisten weder vor dieser Regierungsombildung im Unklaren gelassen, noch werden in Zukunft von unserer Seite irgendwelche Zweifel darüber entstehen.

Wenn die Kommunisten trotz allem auf dieser Grundlage mit uns eine so weitgehende Kampfgemeinschaft eingegangen sind, so ist das mit gewissen psychologischen Verschiebungen innerhalb der R. P. D. zu erklären. Die Zentralleitung in Berlin wird nicht zugestehen, daß sich die R. P. D. gewandelt habe, aber sie wird nicht bestreiten können, daß sich die Größe der R. P. D. und damit ihre Aufgaben gewandelt haben. Es ist eine alte Geschichte, daß Parteien von gewissen Veränderungen der Zeit nicht unberührt bleiben können, daß mit ihrem Wachstum an Anhängern auch ihre Verantwortung und ihre Verantwortungsform wachsen müssen. So sind denn bis heute das Programm der Kommunisten, ihre Ideologie und Phrasologie dieselben geblieben, aber die kommunistische Seelenverfassung weicht von dem ängstlichen Ausdruck der kommunistischen Agitation bereits erheblich ab. Die Widerspiegelung der äußeren Welt ist im Denken der Kommunisten bereits in einem Widerspruch zu ihrem bisherigen Weltbild geraten. Kein Geringeres als Nabel hat zugestehen müssen, daß die Gegner des Proletariats heute so stark sind, als daß die R. P. D. trotz ihrem Wachstum an einen Sieg denken könne. Darum hat die Leitung der R. P. D. auch versucht, mit den „ehelichen nationalen Freiden“ in ein Bündnis gegen die augenblicklich schärfsten Feinde Deutschlands, gegen den deutschen und den französischen Kapitalismus, zu kommen. Deshalb ihr Werben um die berelendeten Mittelschichten, ihr Versuch, das proletari-

erte Kleinbürgerium mit agitatorischen Konzessionen zu erobern, die wir mehrfach brandmarken mußten. Die Logik der historischen Entwicklung ist jedoch stärker als alle schlauen und überchlauen Spekulationen, und so haben denn die Reaktionsdrohungen der letzten Wochen genügt, um in Sachsen und, wie wir hoffen, auch in Thüringen den engeren Zusammenstoß zwischen R. P. D. und V. S. P. D. zu einer geschlossenen Rotgemeinschaft zu ergötigen.

Wie weit Rußland dabei mitgewirkt hat, ist nicht zu kontrollieren. Aber angesichts der ganzen Situation im ehemaligen Zarenreich ist kein Zweifel, daß aus dem Osten der realpolitischen Einstellung der R. P. D. mindestens kein Hindernis herbeiführt wird. Denn auch dort haben sich im Laufe der bolschewistischen Diktatur allerhand Wandlungen vollzogen, die auf das Denken der deutschen Moskauer von mitbestimmendem Einfluß sein müssen. In Rußland ging die Entwicklung von der Volksozialisierung zurück zum Staatskapitalismus, von der Kleinrentschafft der Sowjetdiktatoren zur Wirtschafft eines durch die Hintertür hereingekommene Privatkapitalismus, gemildert durch staatliche Kontrolle. Es zeigt sich daran, wie richtig die alte sozialdemokratische Erkenntnis ist, daß kein Staat eine Entwicklungsperiode vollständig überspringen kann. Lenin und Trotzki wollten mit einem ehebem feudalistisch-agrarischen Rußland unmittelbar in die sozialistische Gesellschaft hinübersehen. Sie wurden von der Folgerichtigkeit soziologischer Gesetzmäßigkeit zurückgebrannt. Rußland muß durch den Kapitalismus hindurch, um zum Sozialismus zu gelangen. Auch die Weltrevolution, von der die Moskauer Diktatoren eine Erleichterung des unmöglichen Sprunges erhofften, mußte auf absehbare Zeit vertagt werden. Eine Mission nach der andern geriet. Heute braucht Rußland gute politische und wirtschaftliche Beziehungen zu Deutschland. Dagegen ist der französische Imperialismus beider Länder drohender Gegner. Das ist die Lage. Kommunistische Minister in Deutschland können, wenn sie von ihrem bisherigen politischen Standpunkt nicht zu weit abgehen müssen, für die Sowjetgewaltigen eher einen Vorteil, denn einen Nachteil bedeuten. Erfährt die R. P. D. im Verlauf dieser Regierungstätigkeit eine realpolitische Einstellung, so hat sie hier nur endlich nach, was in Rußland längst vorgeahmt wurde — und gerade Moskau hat dagegen nichts einzuwenden.

So kann denn die sozialistisch-kommunistische Regierung ein Ereignis von großer historischer Tragweite werden. Wir wollen dieser Koalition keine Vorlaufproben spenden, solange sich dieses Zusammenarbeiten der beiden sozialistischen Parteien nicht bewährt hat. Aber sicher ist, daß schon der

Versuch von der gesamten sozialistischen Arbeiterkraft Deutschlands mit Freuden begrüßt und daß der freudige Widerhall weit über Deutschlands, weit über Europas Grenzen hinaus tönen wird. Denn von hier und heute kann — wir sagen: kann! — die Einigung des gesamten sozialistischen Proletariats ausgehen. Zum mindesten bedeutet das historische Ereignis einen weiteren Schritt zu diesem Ziele, wie ja auch die Verschmelzung der S. P. D. mit der U. S. P. D. von der sächsischen Regierungsgemeinschaft ausging.

### Die neuen Minister

Finanzminister Paul Wöttcher ist geboren am 2. Mai 1891 in Leipzig. Er war von Beruf Buchhändler. In den Jahren 1902/03 hatte er die Leitung des Unabhängigen „Sozialdemokrat“ in Stuttgart. Nach der Spaltung der Unabhängigen Partei trat er der kommunistischen Partei bei. Im Jahre 1921 war er politischer Redakteur im Zentralorgan der kommunistischen Partei „Die rote Fahne“. Von 1921 an gehörte er der kommunistischen Zentrale an. Nach seinem Ausscheiden aus der Redaktion der roten Fahne bekam er den Vorstoß des Landesvorstandes der kommunistischen Partei Sachsens sowie den Vorstoß der kommunistischen Fraktion des sächsischen Landtages.

Wirtschaftsminister Fritz Gekert ist 39 Jahre alt und in Chemnitz geboren. Er erlernte das Maurerhandwerk. Er war der Mitbegründer des Spartakusbundes in der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei. Nach dem politischen Umsturz wurde er Vorsitzender des Arbeiter- und Soldatenrates in Chemnitz und außerdem Mitglied des Reichsvollzugsrates der Arbeiter- und Soldatenräte. Seit Gründung der kommunistischen Partei gehört er deren Zentrale an, in der er die Leitung der Gewerkschaftsabteilung in Händen hat.

Der neue Ministerialdirektor in der Staatskanzlei Heinrich Brandler ist geboren am 7. Juli 1881 in Wahrensdorf, entstammt einer Arbeiterfamilie, erlernte ebenfalls das Maurerhandwerk. In der kommunistischen Partei in Chemnitz war er als Bezirkssekretär und als leitender Redakteur am dortigen kommunistischen Organ „Der Schöpfer“ tätig. In der Zentrale hatte er die Leitung des politischen Komitees.

### Die ausscheidenden Minister

Finanzminister Gekert wurde am 1. November 1919 zum Minister ohne Portefeuille ernannt, vom 14. November 1918 bis 19. Januar 1919 war er auf der Reichsversammlung in Chemnitz tätig, am 20. Januar 1919 trat er als Arbeitsminister in das Kabinett ein. Am 20. Dezember 1920 übernahm er das Finanzministerium.

Wirtschaftsminister Jellisch trat am 1. Mai 1921 sein Amt an. Vorher war er an unserem Chemnitzer Parteibüro als Redakteur tätig. Beide Genossen haben unter ungewöhnlich schwierigen Verhältnissen ihre Ämter in der Regierung führen müssen und ihre ganze Kraft eingesetzt, um im Interesse der arbeitenden Massen und im Sinne unserer Ideen zu wirken. Hoffentlich wird es den Genossen recht bald möglich sein, an anderer Stelle ihre Kräfte zum Besten der proletarischen Sache zu betätigen.

## Das Milliardengrab

In rasendem Tempo geht der Verfall unserer Währung fort. Gestern kam der amtliche Dollarkurs auf der Berliner Börse beinahe an die drei Milliarden heran und im freien Verkehr sind über 5 Milliarden für den Dollar gezahlt worden. In den letzten Tagen haben wir eine Markkatastrophe erlebt, die alles bisher Dagewesene hinter sich läßt, und das will gewiß viel sagen. Ist es schließlich auch ein Wunder, wenn in der Zeit der größten Not und der schlimmsten wirtschaftlichen Zerrüttung die Gewaltigen von der Schwerindustrie eine Regierungskrise hervorgerufen und viele Tage lang eine handlungsunfähige Regierung überhaupt nicht vorhanden ist?

Wie das Berliner Tageblatt mitteilt, herrscht die wohl nicht ganz unbegründete Ansicht, daß die Bewegung der Devisen nach aufwärts von gewissen Seiten einen unnatürlich starken Antrieb erhalte, hinter dem wahrscheinlich zum Teil politische Motive zu suchen sind und daß die ganze gegenwärtige Entwicklung am Devisenmarkt übertrieben ist. Nur zu wahrscheinlich ist es, daß diese Annahme richtig ist. Denselben Leuten, die jetzt die Regierungskrise hervorgerufen haben, die den französischen General Depouite als Werkzeug zu benutzen suchten, um dem deutschen Arbeiter eine längere Arbeitszeit aufzuzwingen, ist es auch zu vertrauen, daß sie die Devisenkrise in die Höhe treiben, um der Regierung, die noch immer nicht ganz nach ihrem Geschmack ist, neue Schwierigkeiten zu bereiten.

Auch die Banken tragen, wie im Berliner Tageblatt hervorgehoben wird, einen guten Teil Schuld an der rasenden Wirtschafft der Mark. Auf dem regulären Wege des Devisenverkaufs bei Banken oder durch die Vermittlung von Banken, ist es nicht mehr möglich, den sofortigen und vollen Gegenwert in Papiermark zu erhalten. Die zu späte, oft um zwei bis vier Tage hinausgezögerte Entschüttung der Markverlöbe bei Devisenverkäufen und die dabei entstehenden Geldverluste haben dahin geführt, daß die Verwertung von Devisen nicht mehr den normalen Weg nimmt, sondern immer mehr unter Umgehung des offiziellen Marktes und der Banken sich vollzieht.

Zunehmend größer wird die Gefahr, daß die Papiermark als Zahlungsmittel völlig versagt und es den Verbrauchern nicht mehr möglich ist, ihre bunten Papierstücke in Waren umzusetzen. Schon hat Graf Westarp in der Reichstagsdebatte die Landwirte geradezu dazu aufgefordert, ihre Zahlungsmittel gegen Papiergeld nicht mehr herauszugeben. In einer Rede im preussischen Landtag wies Genosse Minister Braun darauf hin, welche Folgen es auch für die Landwirte haben kann, wenn sie dem hungernden Volke die Herausgabe von Zahlungsmitteln verweigern. Denn besteht die Gefahr, daß die Massen zur Selbsthilfe greifen, was freilich eine völlige Anarchie zur Folge haben und die Versorgung mit Zahlungsmitteln erst recht unmöglich machen müßte.

In Berlin hat ein großer Teil der Lebensmittelhändler seine Geschäfte geschlossen und zunächst den Verkauf eingestellt, mit der Begründung, daß, all die Erbsen, die den Geschäften der Verkauf der Ware bräute, sie nicht in den Stand setzten, neu-Waren heranzuschaffen. In der Tat, die Geschäfte müßten in immer größere Schwierigkeiten geraten, wenn das Geld, das sie heute einnehmen bis morgen mehr als die Hälfte seines Wertes verliert.

Auf die vielen Fehler und Tücken unserer Wirtschafft, Währungs- und Steuerpolitik, denen wir unser Geld zum Teil zu verdanken haben, ist hier schon oft hingewiesen worden. Leider hat man sich in Deutschland trotz aller Not noch immer nicht dazu aufgeschwungen, mit der nötigen Energie zu handeln, um das Übel zu mildern. Die Schaffung eines neuen, werthständigen Zahlungsmittels ist verkannt geblieben, auch die Regenerationsarbeiten sind die Vorarbeiten für die Schaffung der neuen Mark verdrängt worden, die freilich auch nur ein sehr fragmentäres Gebilde bleiben wird. Um die entscheidende Einflüsse einzubringen, geschieht nach wie vor so gut wie nichts. In der Reichsversammlung arbeitet man fleißig an der Herstellung neuer Zahlungsmittel. Man drückt nicht nur 5- und 10-Marknoten aus, sondern es wird dem deutschen Volke zu seiner Verwertung angeteilt, und der Druck von 20-, 50- und 100-Marknoten ist bereits begonnen.

Aber was nützen die schönsten Willkürbeschlüsse, wenn man keine Waren dafür bekommt. Von Amerika sollen jetzt Kredite angeboten sein. Aber diese Kredite werden im besten Falle in einigen Wochen fließen und zudem sind ja bisher alle Hoffnungen auf ausländische Hilfe grausam enttäuscht worden. Die Berliner Banken fordern, man solle als vorübergehende Maßnahme die Ausgabe neuer Goldmarkenleihen versuchen. Leider sind bisher die Stücke der ersten Goldanleihe noch nicht ausgegeben worden. Da der Kurs der Goldanleihe auf der Börse ungefähr dem Dollar steht, so könnte sich der Verkehr, wenn die Goldanleihestücke verfügbar wären, vielleicht wenigstens etwas mit der Goldanleihe helfen. Die Regierung sollte sich einmal darüber äußern, wo die Stücke der Goldanleihe bleiben? Aber hier würde es sich im besten Falle nur um ein Wechselspiel handeln, das vielleicht für ganz kurze Zeit eine kleine Erleichterung schafft. Es ist die höchste Zeit, daß die Regierung alle denkbaren Mittel anwendet, um der deutschen Wirtschaft wenigstens einigermaßen brauchbare Zahlungsmittel zu schaffen, sonst besteht die Gefahr, daß wirklich, wie das der edle Graf Westarp bereits angekündigt hat, das deutsche Volk bei vollen Scheitern verhungert.

### Stinnes, Poincaré und Reichsregierung

Die Diktatur der Schwerindustrie über das Ruhrgebiet hat ihren Hauptzweck nicht durchzuführen vermocht. Der Achtstundentag und Befristungstagen unter war über Lage mußte vorerst fallen gelassen werden, weil die Arbeiter einmütig die Verlängerung der Arbeitszeit verweigerten und auch die Regierung gegen das Diktat Einspruch erhob. Aber noch liegen dem Kabinett Streifmänner die Forderungen der Arbeiter entgegen. Und Herr Stinnes kann sich stützen auf Poincaré, der ihm zur Seite tritt. Das Ergehen der deutschen Regierung und Verhandlungen über die Arbeitsaufnahme im Ruhrgebiet ist gestern von Poincaré schriftlich zurückgewiesen worden. Durch seine Regierungspresse läßt er erklären, daß er nur direkte Verhandlungen mit den deutschen Organisationen (eventuell örtlichen Behörden) angestreift. Erst nachdem das Ruhrgebiet wieder produktiv geworden sei, könne die Reparationskommission sich mit etwaigen Vorschlägen der deutschen Regierung über Reparationszahlungen befassen. So wird das Ruhrgebiet tatsächlich der Regelung durch die Zechenbarone überlassen. Die Regierung Streifmänner hat letzte Nacht Stellung dazu genommen, doch ist über ihre Beschlässe noch nichts bekannt. Herr Stinnes erklärt, alle Behauptungen über seine Verhandlungen mit Poincaré seien falsch, das gesamte Material habe er der Reichsregierung übergeben. Daß die Stinnes-Gruppe nicht im Einvernehmen mit der Regierung gehandelt hat, ist erwiesen, erwiesen auch durch das Schlußwort von Otto Wolff. Ob nun nachträglich die Reichsregierung die Schritte „aktionieren“ wird, anstatt sie als Hoch- und Landesverrat zu verfolgen, ist die entscheidende Frage. Die Arbeiterklasse wendet sich geschlossen gegen die Hochverräter. Der Gewerkschaftsring (die Dirsch-Dunderschen Gewerkschaften) fordern ebenso die Verfolgung wie die freien Gewerkschaften. Der Gewerkschaftsring hat zum Protest die Beteiligung an der Zentralarbeitsgemeinschaft aufgesündigt und der Gewerkschaft der christlichen Bergarbeiter forderte telegraphisch bei der Reichsregierung dringend die Verhaftung der Zechenverräter, da sie nicht nur einen schweren Verstoß gegen die Reichsverfassung, sondern auch gegen die reichsgesetzlichen Bestimmungen unternommen haben.

So muß sich das Kabinett entscheiden — ob Reichsgewalt oder Autokratie herrsche. Da das Königtum bereits gültige Bestimmungen über Kohlensteuer, Reparationsleistungen, Eisenbahntarife usw. mit Frankreich vereinbart hat, wird die französische Gewalt solche Abkommen für das ganze Ruhrgebiet als Regel festlegen. So ist die Reichsregierung bereits ausgeschlossen — und spielt den einflusslosen Zuschauer.

Man muß Klarheit von ihr verlangen. Das Schlimmste wäre, wenn sie verhandeln würde, das alles sei schließlich mit ihrer Kenntnis gefahren. Oder gar, daß sie dem beiträte. Dann wäre die Diktatur der Schwerindustrie legitimiert. Daß das Folgen haben müßte, steht wohl jeder. Schon heute fordert die Volkspartei (demokratisch), daß Stinnes aus der deutschen Volkspartei entfernt werde, weil der Diktator für eine Fraktion, die den Reichskanzler stelle, untragbar sei. Auch das Kabinett vor der Stinnes-Gruppe, dann ist natürlich auch die Koalition für die Sozialdemokratie untragbar geworden. Denn der einzige erklärende Grund zur Koalitionsteilnahme, die Erhaltung einer starken Regierung zur Sicherung gegen die Reaktionsdiktatur, wäre dann hinfällig geworden.

Es geht also jetzt alles auf dem Spiel.

### Die Not der Konsumvereine

Die nachrevolutionäre Steuererschwerung scheint es besonders darauf angelegt zu haben, die Verbrauchervereinigungen nicht nur in ihrer Entwicklung zu hemmen, sondern sie direkt existenzunfähig zu machen. Wir wollen diesmal von den kleinen Nadelstichen, Gewerbesteuer, Lastkraftwagensteuer usw. ganz absehen, sondern nur große Steuersteuern in ihrer verheerenden Wirkung auf die Konsumvereine schildern.

Die Umsatzsteuer, die nachweislich nach einer im Reichswege bei der Beratung der Umänderung der Umsatzsteuer unüberwindlichen gebliebenen Behauptung vom Kleinhandel zu 40 Prozent umzusetzen wird, laßt schwer auf den in den Genossenschaftlichen Verbänden. Wohl ist gar kein Umsatz vorhanden, denn die Genossenschaftsleistung läuft praktisch nur im Auftrage und mit dem im voraus eingezahlten Gelde der Mitglieder die erforderlichen Warenmengen und gibt sie an die Mitglieder ab. Betrachten wir aber einmal die Wirkung auf die Finanzen der Genossenschaft. Trotzdem die Warenbeschaffung nicht nur schwierig, ja infolge mangelnder Kapitalkraft der Mitglieder fast unmöglich wird, müßte z. B. der Konsumverein Vorwärts in der Zeit vom 1. Juli 1922 bis 30. Juni 1923 rund 712 Mill. M. Umsatzsteuer zahlen. Vom 1. Juli 1923 an tritt aber eine geradezu wahnsinnige Steigerung ein. Es waren zu zahlen: im Juli 1923 793 Mill. M., im August 1923 11406 Mill. M., im September 1923 226000 Mill. M., also in drei Monaten 238 Milliarden Mark.

Noch furchtbarer wirkt die neue Betriebssteuer auf die Konsumvereine. Auch hier nur ein Beispiel: Der Steuerabzug betrug im September im Konsumverein Vorwärts von allen Arbeitern und Angestellten 99 Milliarden Mark. Da die Betriebssteuer das Doppelte der Beträge, die der Arbeitgeber als Lohnabzug abzuführen hat, beträgt, muß der Konsumverein Vorwärts allein für den Monat September den Betrag von 618 Milliarden Mark abführen. Dieser Betrag ist fast doppelt so hoch, als der von den unter den wirtschaftlichen Werten fast zusammenfassenden Mitgliedern auf Geschäftsanteil eingezahlte Gesamtbetrag. Das ist eine Ungeheuerlichkeit.

Die kapitalistischen Unternehmungen legen die Betriebe still, entlassen die Arbeiter zu Tausenden, oder lassen kurz arbeiten, und sparen sich dadurch die Zahlung der Betriebssteuer. Ungehobene Kleinhandelsbetriebe beschäftigen fremde Arbeitskräfte überhaupt nicht und bleiben somit auch verschont von dieser einschneidenden Steuer.

Die Konsumvereine können weder in der rigorosen Weise, wie die kapitalistischen Unternehmungen, ihr Personal auf das Straßendickicht werfen, noch können sie ihre Betriebe schließen. Eine kleine Wirtschaftspolitik treibt man im neuen Deutschland. Die Kapitalisten erhalten von der Reichsbank billige Kredite, den wirtschaftlichen Organisationen der Verbraucher schützt man durch die Verbrauchssteuer den Hals zu.

Gegen diesen Wahnsinn muß von allen Verbrauchern, von den Arbeitern, Angestellten und Beamtenorganisationen und den Arbeiterparteien der schärfste Protest erhoben werden. Dort mit der Umsatzsteuer und sofortige Aufhebung der Betriebssteuer für die Konsumvereine! Will man das nicht, so trage man auch die Verantwortung für den Untergang der Konsumvereine.

R. Schiller.

### Die Niedertracht der Zechenbarone

Der Sozialdemokratische Parlamentsdienst teilt mit: Die in den Zeitungen veröffentlichten angeblichen Bedingungen der französischen Besatzungsbehörden für die Wiederaufnahme der Arbeit haben den Gewerkschaften des besetzten Gebietes Veranlassung gegeben, den General Degoutte um eine Besprechung zu ersuchen. Diese Besprechung fand am Dienstagmittag mit einem Vertreter, dem General Demogès, statt. Es wird uns darüber berichtet, daß der französische General alle Verträge über die Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit und Arbeitsruhe, Abschaffung des Betriebsvertrages, Aufnahme jeder zugewiesenen Arbeit, widrigenfalls die Androhung erfolgt, mit der allerhöchsten Entschiedenheit als falsch bezeichnet. Keine französische Behörde und kein französischer Beamter, auch keine sonstige französische Stelle befristete sich mit denartigen Plänen.

Den Gewerkschaftsvertretern wurde anheimgegeben, in jeder ihnen beliebigen Weise von dieser Erklärung Gebrauch zu machen. Die Franzosen würden sich nicht darum kümmern, ob die deutschen Arbeiter vier Stunden oder zwanzig Stunden arbeiten. Sie würden in die deutsche Arbeitergesetzgebung keinen Eingriff vornehmen und lehnten es ab, mit deutschen Industriellen über diese Frage überhaupt zu verhandeln. Alle diese Erklärungen waren so bestimmt und eindeutig und wurden so oft wiederholt, daß bei den Gewerkschaftsvertretern kein Zweifel an der Richtigkeit dieser Behauptung aufkommen konnte. Alle gegenteiligen Nachrichten müssen demnach als falsch angesprochen werden.

Aus alledem ergibt sich, daß zur Beseitigung des Achtstundentages lediglich die deutschen Zechenbarone die Rädelsführer sind.

### Deutscher Reichstag

388. Sitzung, 10. Oktober, 2 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht zunächst der vierte Nachtragsantrag für 1923. Er will durch Anleihen und Reichsschatzangelegenheiten 578 416 Millionen flüssig machen, wovon 30 000 Millionen zum Zweck der notwendigen Kriegsgeldreferenz bestimmt sind. Es handelt sich ferner um Ausgaben für die Ruhrschäden sowie um

### Treu zur Partei!

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion beschloß in ihrer Sitzung vom Dienstag einstimmig folgenden

**Aufruf an die Parteigenossen:**

Die Krise, die durch den reaktionären Vorstoß gegen den Fortbestand der großen Koalition eingeleitet war, hat auch die sozialdemokratische Fraktion vor eine besonders schwierige Situation gestellt. In der Beurteilung des Grades der Lage war die Fraktion völlig einig. Die Ruhr-Diktatur in Bayern bestärkte alle reaktionären Kräfte in Deutschland in der Meinung, daß jetzt ihre Stunde gekommen sei. An Stelle des drohenden Konflikts mit Bayern forderten sie die Unterstützung ihres durch eine rechtsgerechte Reichsregierung; an Stelle einer dem wirklichen Sachverhältnis Rechnung tragenden Außenpolitik wollten sie den Bruch mit Frankreich, um den verstärkten Nationalismus in den Dienst ihrer reaktionären Bestrebungen zu stellen und um zugleich die deutschnationale Partei an Stelle der Sozialdemokratie zur Teilhaberin an der Regierungsmacht zu machen. Im Innern aber wollte die Schwerindustrie im Tunbe mit der Großhandelswirtschaft die so geschaffene Situation dazu ausnutzen, alle sozialpolitischen Errungenschaften der deutschen Arbeiterklasse zu vernichten, insbesondere den Achtstundentag und die Reste der Zwangswirtschaft zu beseitigen.

**Ein trotziger Rechtsputsch**

war im Gange, die Ausschaltung des Parlaments, die Aufriktion einer Rechtsdiktatur gegen die deutsche Arbeiterklasse war das Ziel. Gefeitert war die Union von den schwerindustriellen Vertretern in der deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei, sie fand ihre Unterstützung in dem Teile der christlichen Gewerkschaftsbewegung, der noch immer unter dem Einfluß Siegerwahn steht.

Der parlamentarische Vorstoß wurde begleitet und unterstützt durch Rechtsputsche außerhalb des Parlaments. Die Ereignisse von Rütten waren nur eine Teilercheinung einer viel größer angelegten Aktion, die auf gewalttätigen Wegen die Rechtsdiktatur zu erreichen suchte.

Ingehohe dieser Zeitungen mußte die Taktik der Fraktion entschieden werden. Einig waren sich alle Sozialdemokraten darin, daß an dem Grundgedanken des Achtstundentages nicht gerüttelt werden dürfe. Denn das wäre eine Verletzung gewesen, die weder die Partei noch die Gewerkschaften verantworten können. Die Meinungen gingen darüber auseinander, wie am besten der Angriff der Reaktion auf die politischen und sozialpolitischen Positionen der Arbeiterklasse abgewehrt werden könne.

Ein Teil der Fraktion ging bei seiner ablehnenden Stellungnahme davon aus, daß der brutale Vorstoß der Deutschen Volkspartei, die Sozialisten aus der Regierung zu verdrängen oder aber sie unter das Diktat der Schwerindustrie zu heugen, mehr als ein zufälliges Parteimoment sei. Vielmehr handele es sich darum, die bereits in den vorausgegangenen Wochen von den Wirtschaftsverbänden angekündigten Maßnahmen zum Abbruch der letzten noch verbliebenen sozialen Errungenschaften nunmehr auf dem Wege der Aufriktion einer kapitalistischen Diktatur zu verwirklichen. Gegenüber diesem offenen Vorstoß gegen die Arbeiterklasse durch ihre ausgeprägten Klassengegner könne es kein Ausweichen, auch keinen nachmaligen Ueberbrückungsversuch geben, da dieses Vorgehen seinen Grund nicht in der Eigenwilligkeit einzelner Persönlichkeiten habe, sondern in der ökonomischen Entwicklung, der Zuspitzung der Klassengegensätze und der hieraus zwangsmäßig sich ergebenden Notwendigkeit, den Konflikt auszutragen.

Dieser Teil hielt an der Auffassung, in dieser Situation nicht wieder mit dem Klassengegner zu partizipieren, auch dann unter andern Umständen, als Teile der Demokratischen und der Zentrumspartei im Verlaufe der Kabinettgespräche erneut verlocken, die Sozialdemokratie — ohne deren Zustimmung die Verabschiedung des Ermächtigungsgesetzes unmöglich gewesen wäre — wieder für die Koalition mit der Volkspartei zu gewinnen.

Er glaubte, daß es keinerlei Zurückweichen vor der Deutschen Volkspartei geben dürfe, die insbesondere die Verfestigung der sozialistischen Reichsfinanzminister, die Errichtung einer Diktatur durch Zustimmung zu einem Ermächtigungsgesetz auf finanziell, wirtschaftlich und sozialpolitischem Gebiet und die Suspension des Achtstundentages forderte. Auch die Verabschiedung, wonach der achtstündige Normalarbeitsvertrag bestehen bleiben, jedoch durch gesetzliche und tarifliche Ausnahmen verlängert werden soll, müsse für die Sozialdemokratie unannehmbar sein.

Er bewachte die Aufriktion der Demokratie als

die notwendigen Gelder für die Beamtengehälter und um die Vertriebsmittel zur Weiterführung der Reichsbetriebe. Der Ausschuss schlägt eine Entschädigung vor, die die Länder erstucht, die Zahlungen für die Kultursozialen Interessen und die Zahlungen an die Religionsgesellschaften mit Beschleunigung erfolgen zu lassen. Ferner wird eine Dringlichkeit gefordert über die durch die Ruhrbesetzung entstandenen Beschlagnahmenschäden und der Reparationsleistungen während dieser Zeit.

H. G. Klein (Komm.) kommt auf die geführte Aussprache beim Ermächtigungsgesetz zurück. Alle Parteien, einschließlich der Sozialdemokratie, stehen im Dienste der Schwerindustrie. Sie haben es verstanden, die Erbsengeldern Beschleunigung ernstlich durchzusetzen. Die deutsche Finanzpolitik seit dem Kriege ist nur eine Begünstigung der Ruffles gewesen. Der Heberaffe Stinnes, der mit allem handelt, mit Stiefelwiese und Schokolade, hat überall seine Hände im Spiele. Gegen Judaschilline verkaufen und verateten diese Heberaffe die deutsche Nation an die französischen Erberer. Wie die Naziske umschwärmten diese Ruffles das Staatschiff, um den Leichnam der deutschen Nation zu verwickeln. An der Ruhr hat nur das Parlament für die Nation gekämpft, für das Deutschland der schaffenden Arbeit. Den Ruffles war der Aufschlupf nur ein elender Schacher.

### Stinnes finanziert die Hitlerbanden

Er hat in voriger Woche in München mit Ludendorff und Hitler den Schlachtplan gegen Berlin und das rote Sachsen und Thüringen vereinbart. Das revolutionäre Parlament wird den Kampf gegen diese Faschistenbanden aufnehmen. Wir Kommunisten werden keinen Fußbreit deutschen Bodens an Poincaré abtreten lassen. (Beifall bei den Kommunisten.)

H. G. Bart (Komm.) protestiert gegen das Verbot der Notenzahne auf unbeschränkte Zeit. Stinnes, der von der roten Zahne als Hauptverräter entlarvt wurde, bleibe dagegen unbehelligt. Wegen dieses Stinnesartikels habe Gehtler das Wort verboten. Der Redner beantragt die sofortige Aufhebung des Verbotes.

Der Nachtragsantrag wird angenommen. Der kommunistische Antrag konnte nicht auf die Tagesordnung gesetzt werden, weil aus der Deutschen Volkspartei Widerspruch erhoben wurde.

Ein Antrag Ester (Zentr.), wonach die Zahlungen aus öffentlichen Arbeiten und Lieferungsverträgen unter Aufhebung entgegenstehender Vertragsbestimmungen in werbeähnliche Zahlungen mitteln, Goldanleihe oder Dollarschatzangelegenheiten oder durch Eingahlung auf ein werbeähnliches Konto geleistet werden sollen, wird angenommen.

Der Gesetzentwurf über die Anpassung der Vermögensstrafen und Bußen an die Geldwertveränderung wird angenommen.

Benehmigung zur Strafverfolgung der. Die Hgg. Walle, Koenen und Bruns werden verhaftet. Die Beschäftigungs-Kommission soll grundsätzlich die Frage entscheiden, ob verantwortliche Redakteure durch ihre Zimmern als Abgeordnete geschützt sein sollen.

Donnerstag, 10. Uhr: Dritte Beratung des Ermächtigungsgesetzes.

stärkste Gefährdung der Republik, zumal die politische Diktatur zusammenstößt mit der

Verhängung des militärischen Belagerungszustandes.

Aber auch dieser Teil der Fraktion erkannte an, daß die Fraktionsmehrheit glaube, durch ihren Beschluß den drohenden Bürgerkrieg verhindern zu müssen. Da aber die Bourgeoisie zum Bürgerkrieg voll gerüstet sei und ihn nur zurückzuziehen, so lange sie durch die Radikalität der proletarischen Parteien ihre Klassenziele erreichen könne, war die Minderheit der Auffassung, daß der Beschluß der Mehrheit nur eine scheinbare Krise schaffe und den Zeitpunkt des Austrags zugunsten des Proletariats hinausziehe.

Der andre Teil der Fraktion machte gegenüber diesen schwerwiegenden Gründen folgende Auffassung geltend: Eine völlig ablehnende Haltung der Sozialdemokratie würde eine Rechtsregierung, die in kürzester Zeit in eine Rechtsdiktatur sich umwandeln müßte, zur Notwendigkeit machen. Dadurch würde auch die Position der Partei in den Ländern sehr stark gefährdet.

### Die Reichswehr

habe sich in der gegenwärtigen Situation als loyal in den Händen einer verfassungsmäßigen Regierung erwiesen. Es sei aber kein Zweifel, daß eine Rechtsregierung die Reichswehr für ihre Zwecke erst recht zur Verfügung haben würde. Nur durch die wachsame Tätigkeit des preussischen Innenministers Göring seien gewalttätige reaktionäre Erhebungen vereitelt worden. Aber diese Tätigkeit würde völlig gelähmt unter der Herrschaft einer Rechtsregierung im Reich. Was aber diese für die Arbeiterklasse bedeutet, zeige die Diktatur in Bayern. Es sei auch kein Zweifel, daß dann die Stellung der Arbeiterklasse im Kampfe um ihre sozialpolitischen Interessen außerordentlich verschlechtert würde. Die Kontrolle der Reichsregierung durch sozialistische Minister verringere deshalb die unendlichen Gefahren der politischen und sozialpolitischen Reaktion.

### Außenpolitisch

würde aber die Rechtsregierung die letzten Möglichkeiten beiseite zu einem erträglichen Verhältnis zu kommen. Dadurch aber würden auch innerpolitische Zustände herbeigeführt werden, die noch nie dagewesenes Elend über die deutsche Arbeiterklasse verhängen würden.

Da das Arbeitsgesetz und die Renten aus der sozialen Versicherung aus dem Ermächtigungsgesetz herausgenommen, die grundsätzliche Aufrechterhaltung des Achtstundentages entgegen der ursprünglichen Forderung der Deutschen Volkspartei angeht, sei, so sei das Ermächtigungsgesetz erträglich. Bei dem Ausnahmezustand handle es sich aber um einen Machtkonflikt zwischen Bayern und dem Reich. Dieser könne nicht durch eine parlamentarische Abstimmung entschieden werden. Gerade wenn die Reichsautorität gegen Bayern gemacht werden solle, sei es erforderlich, daß sozialistische Minister im Kabinett bleiben.

### den drohenden Bürgerkrieg zu verhindern.

Von allen Seiten wurde betont, daß keine die Fraktion einer schwierigeren Entscheidung gegenüberstehen habe als diesmal. Mehrheit und Minderheit waren sich einig in der Erkenntnis, daß der Partei und den Gewerkschaften die schwersten Kämpfe bevorstehen. Sollen wir diese erfolgreich bestehen, so bedarf es ungetrübt der herrschenden Meinungsvorherrschenden der höchsten Geschlossenheit und Schlagkraft der Organisation. Darum fordert die Fraktion einmütig alle Parteigenossen auf, trenn zur Partei zu stehen, sich im kameradschaftlichen Zusammengehen auf die schweren Aufgaben der nahen Zukunft vorzubereiten und mit aller Energie an einer Erhaltung der politischen und gewerkschaftlichen Organisationen und an der Verbreitung unserer Presse zu arbeiten.

Berlin, den 9. Oktober 1923.

### Die Reichstagsfraktion

der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Reichsta durchsch wischen tigen kommen sofern se teilunge Berlin a über 40 waren n mit, da gegen de Abstim nale un befrüht Mögliche zur Abf Abgeord mächtig genomm In

Unt Teribnen heutige C Der Pro fraktionen dieser L lassen um 10 Uhr n Regier löcher re rufe im Sie doch im Auftr gefeige B

die nächst auf die g gegenwärt Sigung e die Ausf Vertagung den einge zungserk Sitzung m Ironische Reden a allgemein

Wid tagt werd wüdfeftr

M

Den

„U

dom 28. e Stellung u Nummer zur Berde und die R sum 11 g

Da für die M gestellt wi

Theat und Inspe Schausp Holtwähne Rehaime (Raufman

Lenz 12. O Violoncell 5 Wieder Ex timento E S. Werbung

Mitt haus (71/2) Kaufmanns Partien bei

Boll und Margi 3/4; Stadt des Reichs Bettiner: A bauer: A Schulheim, Kunst im A Weintraub Reichsh Reichsh

Die v von Dr. E vst am 19.

Die 200 Million

# Zweidrittelmehrheit oder Reichstagsauflösung!

### Um das Ermächtigungsgesetz

Berlin, 11. Oktober. (Eig. Draht.) Als der Reichstag am Donnerstag in der 10. Stunde zusammentrat, durchschweiften neue Gerüchte das Haus. Es war inzwischen sehr zweifelhaft geworden, ob die für das Ermächtigungsgesetz notwendige Zweidrittelmehrheit zustande kommen würde. Gegen Mittag war die Möglichkeit hierzu infolgedessen sehr gering, als das Haus trotz der telegraphischen Mitteilungen an die einzelnen Abgeordneten, am Donnerstag in Berlin zu sein, verhältnismäßig schwach besetzt war. Von den über 450 Abgeordneten, die der Reichstag insgesamt zählt, waren mittags 1 Uhr rund 360 anwesend. Manche man damit, daß ein Teil der sozialdemokratischen Fraktion nicht gegen das Gesetz stimmt, sondern den Saal überhaupt bei der Abstimmung verläßt, daß ferner Kommunisten, Deutschnationale und Deutschvölkische ebenfalls den Saal verlassen, dann besteht bei der Zahl der anwesenden Mitglieder keine Möglichkeit, zwei Drittel der gesamten Mitglieder des Hauses zur Abstimmung zu bringen. Notwendig sind unbedingt 360 Abgeordnete, von denen wiederum zwei Drittel für das Ermächtigungsgesetz stimmen müssen, wenn das Gesetz als angenommen betrachtet werden soll.

Im Laufe der Mittagsstunden wieder ändern kann, hat sich der Reichstagspräsident veranlaßt gesehen, mit dem Reichspräsidenten Rücksprache zu nehmen, was unternommen werden soll, wenn das Ermächtigungsgesetz fällt. Reichspräsident und Reichskanzler sind der Auffassung, daß dann der Reichstag aufgelöst werden wird. Der Reichskanzler hat in einer nach seiner Unterredung mit dem Reichspräsidenten stattgefundenen Parteiführerbesprechung Mitteilung davon gemacht, daß er bereits im Besitz der Auflösungsdekretur ist, die er verkünden will, sobald das Gesetz gefallen ist.

In Anbetracht dessen traten gegen Mittag die einzelnen entscheidenden Fraktionen nochmals zusammen. Auch die sozialdemokratische Fraktion besprach die Lage in einer kurzen Debatte. Es wurde beschlossen, daß keinesfalls blaue Zettel abgegeben werden dürfen, die eine direkte Ablehnung des Gesetzes bezeugen. Dagegen blieb der Widerstand freigelegt, während der Abstimmung den Saal zu verlassen. Es kommt nun darauf an, wer es mit seinem Gewissen vereinbaren kann, in dieser schwierigen Situation seine Stimme nicht für das Ermächtigungsgesetz abzugeben, sondern durch seine Stimmenthaltung indirekt für die Auflösung des Reichstages zu stimmen.

Reichsarbeitsverwaltung vom 2. Januar 1923, veröffentlicht in Nr. 16 der Staatszeitung vom 18. Januar 1923, auch für das Jahr 1924 maßgebend. Das Landesamt für Arbeitsvermittlung in Dresden hat angeordnet, daß die Anträge auf Weiterbeschäftigung und Neueinstellung getrennt bis zum 27. Oktober 1923 bei dem zuständigen öffentlichen Arbeitsnachweis zu stellen sind. Gedruckte Formulare sind bei den öffentlichen Arbeitsnachweisen anzufordern. Später eingehende Anträge können grundsätzlich nicht berücksichtigt werden. In Anbetracht der besonders im Freistaat Sachsen möglichen Arbeitsmarktlage wird schon heute darauf hingewiesen, daß die Genehmigung zur Beschäftigung von Ausländern nur in ganz dringenden Fällen und zur Vermeidung von Härten erteilt werden kann. Die Anträge sind nicht an das Landesamt für Arbeitsvermittlung direkt zu richten, sondern an den zuständigen öffentlichen Arbeitsnachweis des Bezirkes, in dem der Antragsteller wohnt.

## Gewerkschaftsbewegung

### Die Gehälter der unteren Beamten

Es ist eine alte Tatsache, daß jede Verhandlung über eine Neuverteilung der Beamtengehälter zu den verschiedensten Maßnahmen führt. Das kommt insbesondere daher, weil nur ein ganz kleiner Kreis der Bevölkerung über die komplizierte Berechnung der Beamtengehälter, die sich aus Grundbesitz, Gruppen- und Stufenentlohnung, Ausgleichszuschlägen und Teuerungszulagen sowie Kinder- und Ehefrauengulden zusammensetzen, im Bilde ist. In diesen Tagen bekommen die Beamten wieder Geld und schon wird von den Mieselsummen gesprochen, die den Beamten angeblich zugesagt werden. Wie liegt es aber in Wirklichkeit? Vor uns liegt die Gehaltsabelle eines Dresdener Beamten der Gruppe 4, derjenigen Gruppe, in der die meisten Beamten stehen. In den Gruppen 3 und 4 sind die Postkassen- und Oberpostkassen, die meisten Bahnbeamten, die Oberwachmeister und Straßenbahner, sowie fast alle Verwaltungsbeamten, soweit sie nicht zu den Sekretären und Obersekretären gehören, eingereiht. Auf eine mehr oder minder genaue Eingruppierung der verschiedenen Beamtenkategorien kommt es an dieser Stelle nicht an. Ein solcher Beamter der Gruppe 4 im mittleren Alter bekam für sich und seine Frau in Dresden, dem Ort mit dem sehr hohen Teuerungszuschlag am 1. Oktober rund viermilliardenachtunderttausend Mark (4,8 Milliarden) als Monatsgehalt. Daran gehen die verschiedenen Steuern ab. Die Beamten der Gruppen 2 und 3 erhielten noch viel weniger, und in den ländlichen Orten mit den Ortsklassen B, C und D sind die Gehälter noch entsprechend geringer. Von diesem Gelde sollte der Beamte den ganzen Monat leben. Er wußte nicht, wann eine Nachzahlung erfolgen würde, und konnte deshalb nicht viel auf Vorrat kaufen. Den größten Teil des Gehaltes mußte er in bar zurückerlegen, und dieses Geld ist durch die Entwertung nun vollkommen verbraucht, bzw. in seiner Kaufkraft total geschwächt worden. Am 11. Oktober soll es nun eine Nachzahlung geben. Nach den erlassenen Bestimmungen beträgt diese Nachzahlung ungefähr ein Viertel des Oktoberanfangsgehältes. Was soll nun ein unterer Beamter mit einer Willkür-Nachzahlung anfangen? Soll er seine Gasrechnung bezahlen, oder ein Paar Schafschellen, oder versuchen, einen ganzen bis anderthalben Zentner Kartoffeln dafür zu kaufen? Diese Nachzahlung bedeutet für die unteren Beamten bloß den bekannten Tropfen auf den heißen Stein. Die Beamten brauchen selbstverständlich nicht mit den Erwerblosen und Kurzarbeitern zu konkurrieren, aber gerade die unteren Beamten haben in der jetzigen Zeit, da alle Verwaltungszweige stark beschäftigt sind, ein Neben in dieser Beamtenklasse: fast reißlos bis zur äußersten Grenze vorgenommen wurde, viel Arbeit. Es ist deshalb Witz eines jeden gerecht denkenden Menschen, bei einer Kritik über die angeblich zu hohen Beamtengehälter der niederen und mittleren Klassen sich erst darüber zu informieren, welche Summen und für welchen Zeitraum sie ausbezahlt werden.

Steinarbeiter (Berlitz, Gradmal). Lohnwoche vom 4. bis 10. Oktober. Stundenlohn und Akkordmultiplikator 118 102 000.

Streik in Obersachsen. Weßern vormittag traten die Belegschaften der ganzen ober-sächsischen Montanindustrie zugleich mit den Angestellten in den Streik, nachdem die Betriebsräte eine zwischen den Arbeitnehmern und Arbeitgebern vereinbarte Lohn-erhöhung um 130 v. H. abgelehnt hätten. Alle auf elektrischen Strom angewiesenen Werke ruhen. Kattowitz, Königshütte, Walsdorf und Umgebung sind ohne Licht. Die Katowitzer Garnison befindet sich in Alarmbereitschaft. Bis 1 Uhr mittags war alles ruhig. Morgen finden neue Verhandlungen statt.

## Der Dollar 5 047 350 000,—

Proz.	11. 10.		10. 10.	
	Geld	Eric	Geld	Eric
Amsterdam 1 Gld.	50 1985025000	199497500	1162087500	1167912500
Buenos Aires 1 Peso	— 1845875000	135412500	208570000	974480000
Karlsruhe 1 Kr.	— 784035000	787965000	458350000	461160000
Dänemark 1 Kr.	75 808760000	808240000	520395000	523305000
Schweden 1 Kr.	50 1322660000	133940000	738057500	735025000
Neljingfors 1 Kr.	— 135660000	138340000	79800000	80200000
Belgien 1 Kr.	50 229350000	226650000	124812500	125387500
Italien 1 Lire	50 229425000	230575000	134812500	135375000
London 1 Pfd.	75 229425000	230575000	134812500	135375000
Kopenhagen 1 Dollar	75 5047350000	507265000	2967762500	2953487500
Paris 1 Fr.	20 305235000	306765000	181545000	182455000
Schweiz 1 Fr.	— 903795000	906265000	528875000	531325000
Spanien 1 Pesta	— 678800000	681700000	402980000	405010000
Wien (abg.) 1 Kr.	80 71820	72180	41935	42185
Prag 1 Kr.	80 151620000	152380000	89770000	902250000
Budapest 1 Kr.	— 268325	270675	159600	160400

rs. Berlin, 11. Oktober. (Eig. Draht.) Der Devisenmarkt ist heute in Unruhe. In weiten Kreisen nimmt man an, daß nach den sprunghaften Kurssteigerungen der letzten Tage ein Rückgang zu erwarten ist und mit großer Spannung sieht man den heutigen Reichstagsverhandlungen entgegen, wo die Reichsregierung nach erfolgter Genehmigung des Ermächtigungsgesetzes gewillt ist, im Wege der Notverordnung eine Reihe von Maßnahmen finanz- und wirtschaftspolitischer Art zu erlassen, von denen sie eine günstige Wirkung auf die verhältnismäßig unregelmäßigen Verhältnisse des Devisenmarktes erwartet, um so mehr, als bereits mit ausländischen Finanzstreifen Verhandlungen über Wirtschaftskredite gepflogen worden sind, die einen günstigen Abschluß erhoffen lassen. Der Dollar ist nach dem amtlichen Kurse etwas schwächer und mit 4,5 Milliarden genannt.

## Wettervorhersage für den 12. Oktober

Zunächst Fortdauer der unruhigen, föhnlichen Witterung, später Übergang zu veränderlicher Witterung, kühl, böig, westliche Winde.  
Wetterlage: Kräftige Windgebilde der großen und tiefen Depression über dem nördlichen Europa rufen jetzt gellenden anhaltend starke Regenfälle hervor (Dresden 38 Millimeter Niederschlag). Ein besonders ausgeprägter Ausläufer, der stauweise kurze Zeit von fast wolkenbruchartigen Regenfällen mit häufigen Winden begleitet war, durchzog heute Sachsen. Die heutige Witterung zeigte sich um 8 Uhr zwischen Erde und Meer. Die auf seiner Vorberührung wachsende warme Luft ließ die Temperatur in Dresden in der Zeit von 6 bis 6 Uhr morgens um 8 Grad emporschnellen. Weitere Ausläufer folgen. Die unruhige, föhnliche Witterung dauert somit zunächst noch fort.

## Der Landtag auf morgen vertagt

Dresden, den 11. Oktober.

Unter außerordentlich starkem Andrang zu den öffentlichen Tribünen eröffnete Präsident Binkler kurz nach 1 Uhr die heutige Sitzung, in der die politische Aussprache erfolgen sollte. Der Präsident teilte mit, daß der Landtagsvorstand mit den Fraktionen getagt habe und vorschlug, unter Abhandlung von dieser Tagesordnung die heutige Sitzung nicht stattfinden zu lassen und die nächste Sitzung auf morgen Freitag vormittag 10 Uhr mit der Tagesordnung: Entgegennahme einer Regierungserklärung anzuberäumen. (Höhnisches Gelächter rechts. Juriste: Ist er dann bestimmt da? Starke Ironie im ganzen Hause.) Der Präsident (nach rechts): Nehmen Sie doch wenigstens meine Mitteilung entgegen, die ich Ihnen im Auftrage des Landtagsvorstandes zu machen habe. (Fortgesetzte Zwischenruhe, rechts.)

Weiter machte der Präsident über die Disposition über die nächsten Tage folgende Mitteilungen: Morgen Freitag soll auf die Tagesordnung weiter nichts gesetzt werden als die Entgegennahme einer Regierungserklärung. Dann soll die nächste Sitzung am Dienstag der kommenden Woche stattfinden, in der die Aussprache über die Regierungserklärung erfolgen soll. Die Vertagung bis nächsten Dienstag sei deshalb erforderlich, um den einzelnen Fraktionen Gelegenheit zu geben, zu der Regierungserklärung Stellung zu nehmen. Der Präsident: Die Sitzung wird vertagt. (Erneutes höhnisches Gelächter rechts und ironische Bräuturbe.) Der Kommunist Strang ruft bei den Reden zu: Ihr werdet bald nicht mehr Bravo rufen! (Unter allgemeiner Bewegung leert sich der Saal.)

Wie wir erfahren mußte der Landtag auf morgen vertagt werden, da Genosse Dr. Reigner noch nicht aus Berlin zurückgekehrt ist.

## Neues Verbot der Roten Fahne

Der Reichswehrminister hat befohlen:

Auf Grund des § 1 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 28. September 1923 verbiete ich bis auf weiteres Herstellung und Vertrieb der Roten Fahne, da sie in ihren Nummern 217 vom 8. Oktober 1923 und 218 vom 10. Oktober 1923 zur Vorbereitung des politischen Generalkreises aufsteht und die Reichswehrsoldaten zur politischen Betätigung und zum Ungehorsam auffordert.

Das Verbot gilt auch für jede andre Zeitung, die als Ersatz für die Rote Fahne neu herausgegeben oder ihren Abonnenten ausgestellt wird.

## Dresdner Kalender

Theater am 12. Oktober. Opernhaus: In neuer Einstudierung und Inszenierung: Turandot (7). Volkstheater Nr. 4075 bis 4104. Schauspielhaus: Anrecht der B. Improvisationen im Juni (7 1/2). Volkstheater Nr. 9936 bis 9966. — Reutzbäcker Schauspielhaus: Wenn der junge Wein blüht (7 1/2). — Residenztheater: Der Graf von Luxemburg (7 1/2). — Neues Theater (Raupmannstraße): Das gelbe Felt (7 1/2). Volkstheater Nr. 961 bis 1140.

Konkurrenzverein. Spielfolge für den 2. Übungsabend, Freitag, 12. Oktober: Richard Strauß, Sonate F-Dur, Op. 6 für Violoncell und Klavier (Wohlrab und Blumer); Hugo Wolf, 5 Lieder für Tenor (Wener-Albersleben); B. A. Mozart, Divertimento Es-Dur, Köchel 368 (Theo Bauer, Geiger und Wohlrab). Der 3. Übungsabend findet am 2. November statt.

Mitteilungen des Jugendvereins Ried. Freitag: Künstlerhaus (7 1/2) Langabend Riedkapitel. Sonnabend: Kleine Kaufmannschaft (7 1/2) Vortragabend Wally Senff-Georgi. Karten bei Ried, Seestraße.

Volkshochschule. Freitag beginnen: Dr. Döttger: Marx und Engels, 8 bis 9 Uhr, im Christlichen Geist, Blochmannstr. 3/4; Stadtrichter Oberwein: Einführung in die Verfassung des Reichs, des Staates und der Gemeinden, 7 bis 9 Uhr im Bettiner-Gymnasium, Bettinerplatz 13; Studentat Fritz Geheuer: Trigonometrie (Fortsetzung), 7 bis 9 Uhr im Volkshochschulheim, Wismarplatz 14. 1.; Dr. Wilhelm Junius: Die Kunst im Leben der Gegenwart, 7 bis 9 Uhr in der Studienanstalt, Weintraubenstraße 8; Dr. Gerd Knäuper: Der gegenwärtige Mensch im Zusammenhang der Geschichte, 7 bis 9 Uhr in der 48. Volkshochschule, Lützowstraße 14; Studentat Alfred Rüdiger: Wichtiges aus Anthropologie, Heidenjagd und Geschichte des Naffischen Altertums, 7 bis 8 Uhr in der Dreikönigsschule, Krennstraße 17; Derselbe: Volkstheater, 1. Teil, 8 bis 9 Uhr am gleichen Ort; Prof. Alfred Böhrer: Volkslied und Kunstlied, 7 bis 8 1/2 Uhr in der Oberrealschule Johannisbad, Marienstraße 18. Teilnehmerkarten zu den Lehrgängen in der Geschäftsstelle, Georgplatz 5, 1., oder — nur solange vorhanden — bei den Kursleitern. — Der Lehrgang von Gerd Kraft (Das Genossenschaftswesen. Vom Konsumverein zum gesamten Genossenschaftswesen) findet nicht statt.

Die Arbeitsgemeinschaft (Die Kunst im Leben der Gegenwart) von Dr. Wilhelm Junius beginnt nicht heute, sondern erst am 16. Oktober.

Die Schulkasse des Buchhandels beträgt von heute an 200 Millionen.

## Sachsen

### Austritt des sächsischen Gesandten in München

Der sächsische Geschäftsträger in München, von Dziembowski, hat laut Münchner Neuesten Nachrichten wegen des Eintritts der Kommunisten in die sächsische Regierung um seine Entlassung gebeten.

Dazu teilt die Nachrichtenstelle der Staatskanzlei mit: Der sächsische Geschäftsträger in München, Legationsrat v. Dziembowski, ist durch Beschluß des Gesamtministeriums vom 8. Oktober 1923 von seinem Posten entlassen worden.

Die Meldung der Münchner Neuesten Nachrichten, daß von Dziembowski seine Entlassung wegen des Eintritts der Kommunisten in die sächsische Regierung erbeten habe, trifft zu. Er hat durch ein heute in Dresden eingegangenes Schreiben vom 8. Oktober um seine Entlassung gebeten, weil seiner Auffassung nach eine sozialistisch-kommunistische Regierung von jedem ehrlichen Deutschen aufs schärfste bekämpft werden müsse.

### Ueberwachungsmaßnahmen im Landtag

(N.) Der Landtagspräsident hat sich während der Dauer der gegenwärtigen Landtagsverhandlungen zu besonderen polizeilichen Schutzmaßnahmen veranlaßt gesehen, weil ihm durch vertrauliche Mitteilungen Kenntnis geworden ist, daß Anschläge gegen die Regierung und den Landtag im Bereiche der Möglichkeit liegen. Auch Drohbriefe liegen vor. Damit die somit entstandenen polizeilichen Maßnahmen nicht missverständlich aufgefaßt werden, wird hiermit auf die Ursache dieser Maßnahmen hingewiesen.

### Noch einmal die Hilfspolizei

Die Zittauer Morgenzeitung kommt jetzt mit dem Wortlaut des Berichts „Hilfspolizei betr.“ heraus, aus dem ein Stück bereits durch die Presse ging. Der Bericht bestätigt alles, was bisher von der Regierung zur Sache gesagt worden ist. — Es wird die Aufstellung einer Hilfspolizei, die im Notfall die Beihilfen der beamteten Polizei ausfüllen soll, erwogen, von einer Einberufung der proletarischen Hunderttausenden zu diesem Zwecke ist nicht die Rede.

Am Schluß heißt es dann: „Insoweit es die jeweiligen Verhältnisse in einzelnen Standorten zusehen lassen, kann eine Verstärkung der örtlichen blauen Polizeikräfte zum Ordnungsdienst herbeiführen, auf die etwaigen Selbstschutzorganisationen zurückgegriffen werden. In diesem Falle wären bestimmte Hunderttausenden gemäß Anweisung der örtlichen Polizeikräfte zu Einberufungsworten heranzuziehen. Ihre Einschüdüng usw. müßte rüchtelosfalls besonders geregelt werden.“

Konsequenz dürfte unter allen Umständen sein, zu verhindern, daß Selbstschützer in den Besitz von Schusswaffen kommen. Mit Waffengewalt einzuschreiten, muß grundsätzlich den bewaffneten Polizeiverbänden überlassen bleiben.

Dieser Absatz zeigt, daß der Ruf der Hunderttausenden mit der in den vorhergehenden Absätzen vorgeschlagenen Aufstellung einer Hilfspolizei nichts zu tun hat. Es wird hier im Falle örtlicher Unruhen das Einsetzen der Hunderttausenden als Schutztruppe zur Verstärkung der Bevölkerung vorgesehen, wie das bei den Erwerbslosenunruhen in Dresden zeitweise mit Erfolg geschehen ist. Daß es sich hier nicht um eine Hilfspolizei im vollen Sinne des Wortes handelt, zeigt schon der Zusatz, daß die Selbstschützer keine Schutzwaffen erhalten dürfen, daß überhaupt das Eingreifen mit der Waffe den Polizeibeamten vorbehalten werden soll.

Gerade dieser Absatz also, den die Zittauer Morgenzeitung gegen die Dementi der früheren Meldung wider die Regierung auszuspielen sucht, ist ein Beleg dafür, wie sehr die Absichten der Regierung in jenen Angriffen entleert worden sind. Von dem angeblichen Plan, die proletarischen Hunderttausenden zur Hilfspolizei zu machen und sie aus Staatsmitteln zu bezahlen, bleibt nichts übrig.

### Preispublikationen aus Interessentenzirkeln

In letzter Zeit haben Interessenten aus Erzeuger- und Handelskreisen es unternommen, durch Plakate ihre Preispolitik zu rechtfertigen. So hat z. B. Mitte September der Verlag des Landeslandwirtschaftlichen Sachsen zwei Plakate mit graphisch-statistischen Angaben angeschlossen. Diese Plakate haben die Tendenz, die Verbraucher zu überzeugen, daß der Landwirt für seine Produkte noch einen Interzess erhalten, da die beiden Plakate keine Preisliste tragen, sondern nur in fast schamhafter Schüchternheit in einer ganz winzigen Kleindruckeile den Verlag Landeslandwirtschaftlichen Sachsen als Herausgeber verraten, war im Publikum die irrtümliche Meinung verbreitet worden, die Plakate seien vom Wirtschaftsministerium veranlaßt. Das sächsische Wirtschaftsministerium legt Wert darauf, demgegenüber festzustellen, daß es diesen Plakateurungen völlig fernsteht. Das Wirtschaftsministerium macht etwaige eigene Veröffentlichungen so lenker, daß Zweifel über den Ursprung nicht entstehen können. Am übrigen warnt das Wirtschaftsministerium vor Rechtsfertigungsversuchen von Interessenten, die ja doch immer nur den Versuch machen, den Nachweis zu erbringen, daß die Erzeuger noch keine vollen Goldmarkpreise bekommen. Selbst bei den Waren, wo dies der Fall ist, vergißt man jedoch hinzuzufügen, daß der Wille des deutschen Volkes gar keine vollen Goldpreise zugemessen werden können, solange bei Rohmaterial und Gehältern die Goldbasis noch längst nicht erreicht ist. Es ist also mit solchen statistischen Scheinargumenten, wenn sie von einseitig orientierter Interessentenkreise kommen, profitorisch nichts anzufangen.

Ernennung. Der Oberlandesgerichtsrat Dr. Köpf ist zum Senatspräsidenten beim Oberlandesgericht ernannt worden.

Ausländerbeschäftigung in der Landwirtschaft. Die Beschäftigung von Ausländern in landwirtschaftlichen Betrieben ist wie in den vergangenen Jahren auch für 1924 von der Genehmigung durch das Landesamt für Arbeitsvermittlung abhängig. Für das Gewerkschaftsverfahren ist die Verordnung des Reichspräsidenten



### Parteibeitrag für die 41. Woche

Durch die sich fortbauend überstürzenden Verhältnisse sind wir gezwungen, den Wochenbeitrag für die 41. Woche auf **15 000 000 M. für männliche Mitglieder** und **5 000 000 M. für weibliche Mitglieder** zu erhöhen. Damit bleiben wir mit unsern Beiträgen wesentlich hinter denen der kommunistischen Partei zurück, die für diese Woche bereits einen Beitrag von 20 Millionen Mark erhebt.

Unsere Parteimitglieder mögen bei der Höhe des Beitrages bedenken, daß allein die Fernspreckgebühren für das Bezirkssekretariat im Monat September 3 1/2 Milliarden Mark betragen. Gegenwärtig sind die Fernspreckgebühren wiederum um ein beträchtliches gestiegen, so daß ein Ferngespräch bis zu 5 Kilometer 10 Millionen Mark, ein Gespräch über diese Entfernung hinaus 20 und 30 Millionen Mark und noch mehr kostet. Alle übrigen Gebühren für Porto, Eisenbahn und alle andern Bedürfnisse der Partei steigen, so daß versucht werden muß, den Parteibeitrag einigermaßen den Verhältnissen anzupassen.

Genossen und Genossinnen! Von eurer Einflucht erwarten wir, daß niemand die Zahlung der Beiträge verweigern wird. Zählt reiflos und pünktlich, sobald der Beitragssammler erscheint.

Der Bezirksvorstand der K. S. P. D., Bezirk Ostfachsen.

### Das Urteil im Radeburger Faltschinkenprojek

Der Mittwoch brachte in Fortsetzung des Strafprozesses gegen die Hitlergardisten zunächst die Vernehmung des Stadtratsordneners J. K. ...

Der Mittwoch brachte in Fortsetzung des Strafprozesses gegen die Hitlergardisten zunächst die Vernehmung des Stadtratsordneners J. K. ...

Der Mittwoch brachte in Fortsetzung des Strafprozesses gegen die Hitlergardisten zunächst die Vernehmung des Stadtratsordneners J. K. ...

### Der Schwärmer von Bazancourt

Von Otto Thielmann

Bogelhang stieg mit seinen Kameraden die steile Treppe hinauf. Sie hängten ihre Helme fort, schnallten die blanken Koppel ab und ließen sich auf ihre Betten fallen. Es waren keine Bänke in der Kirche, man hatte stehen müssen und war deshalb recht schlaffen müde.

zum Verbot berechtigt war, und endlich wurde bestritten, daß der Gemeindevorstand eine Waffe im Sinne des Gesetzes sei. Die Verteidiger beantragten Freisprechung oder Geldstrafe, soweit die Schuldfrage bejaht werden sollte.

Der Staatsanwalt erwiderte, daß die Ortsgruppen nur Teile der Partei seien. Wenn deshalb in Sachsen die Ortsgruppen verboten worden sind, so hätte doch die Partei weiterbestanden, deren Mitglieder die Angeklagten blieben, wenn sie nicht ausdrücklich ihren Austritt erklärten.

Nach zweitägiger Verhandlung wurde Mittwoch, abends gegen 9 Uhr, das Urteil verkündet. Es wurden kostenpflichtig verurteilt wegen groben Unfugs 8 bzw. unbefugte Waffentragens 2 Mitglieder zu 8 Wochen und 1 Woche Gefängnis, Schulung und Waffentragung zu je 10 Tagen. Weiter erhielt wegen unbefugter Bildung eines bewaffneten Aufgebots 1 Teilnehmer an einer verbotenen Vereinigung, gefährlicher Körperverletzung u. a. 6 Monate Gefängnis und 1 Woche Haft, die übrigen Angeklagten wegen Teilnahme an einer verbotenen Vereinigung 3 Monate, 4 Tage bzw. 3 Monate Gefängnis und wegen groben Unfugs 1 Woche bzw. 10 Tage Haft.

Der Mittwoch brachte in Fortsetzung des Strafprozesses gegen die Hitlergardisten zunächst die Vernehmung des Stadtratsordneners J. K. ...

Der Mittwoch brachte in Fortsetzung des Strafprozesses gegen die Hitlergardisten zunächst die Vernehmung des Stadtratsordneners J. K. ...

### Dresdner Chronik

#### Arbeiter! Deine Waffen sind bedroht!

Die besitzende Klasse ist im Begriff, die wirtschaftliche Diktatur durch Aufrichtung der politischen Diktatur zu befestigen und — wie sie denkt — zu verewigen. In diesen Tagen läßt sie die letzten Rücksichten fallen. Ganz unerbittlich soll die kapitalistische Diktatur zur Geltung kommen. Damit sind alle proletarischen Einrichtungen und Kampfmittel bedroht.

Bringt Opfer, damit in diesem weltgeschichtlichen Ringen die Arbeiterklasse den Sieg davonträgt!

### Änderungen in der Krankenversicherung

Von der Ortskrankenkasse für Dresden und Umgegend geht uns folgende Erläuterung zu der Umstellung des Weib- und Beitragsanhebungsvoc...

Die Notverordnung des Reichsarbeitsministers vom 27. v. M. beseitigt die Höchstgrenze des Grundlohnes und ermöglicht den Kassen, den wirklichen Arbeitsverdienst der einzelnen Versicherten als Grundlohn zu bestimmen. Da hierzu zweifellos eine Erleichterung für die Berechnung der Beiträge und Leistungen zu finden ist, hat der Kassenvorstand von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht, mit Rücksicht darauf aber, daß die Berechnung nach dem wirklichen Arbeitsverdienste bei Versicherten mit Sachbezügen nicht ohne weiteres durchführbar erscheint, für die Gruppe des häuslichen Dienstpersonals, das hauptsächlich zum Teil durch Sachbezüge entlohnt zu werden pflegt, es bei dem bisherigen Lohnstufensystem belassen.

Die Berechnung der Beiträge nach dem wirklichen Arbeitsverdienst eröffnet für die Beitragsanhebung neue Wege. Die Verordnung gibt den Kassenvorständen an die Hand, zur Vermeidung der Weibungen die Einreichung von Lohnlisten an den jagungs-mäßigen Zahltagen zwingend vorgeschrieben. Da hierdurch der Arbeitgeber eine bedeutende Mehrarbeit auferlegt würde, ohne daß er eine Entschädigung in Form von Beitragsbeiträgen erhält, hat der Kassenvorstand dazu übergegangen, für die Beitragsberechnung wöchentlich nur Nachweisungen über die Anzahl der Versicherten und den wirklich gezahlten Gehalt zu fordern, nachdem sich dann die zu entrichtenden Krankenversicherungsbeiträge leicht errechnen lassen.

Die neuen Versicherungsmarken. Das Reichsarbeitsministerium antwortet auf die zahlreichen Beschwerden, die wegen der Unmöglichkeit der rechtzeitigen Beschaffung von Versicherungsmarken erhoben worden sind, mit folgender Verfügung: Soweit einem Arbeitgeber die rechtzeitige Beschaffung von Marken für Beitragszeiten vor dem 1. Oktober infolge eines Unfalls, den er nicht zu vertreten hatte, unmöglich war, kann er in der Anwartschaftsversicherung bei der zuständigen Landesversicherungsanstalt und in der Angehörigenversicherung bei der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte die Abgabe von Beitragsmarken zu dem aufgedruckten Gehalt beantragen. Dabei werden aber im allgemeinen nur Beitragszeiten der jüngsten Vergangenheit in Frage kommen können. Die Post wird, wie in der Verordnung vom 20. September angedeutet ist, die Beitragsmarken nur zum schließlichen Geldbeitrage

Die Reichsindebiffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Bekleidung) betragt nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamtes für den 8. Oktober 1933 109,1 Millionen (Bisler der Vorkriegszeit — 1). Die Steigerung gegenüber der Vorwoche (40,4 Millionen) betragt 170 v. H. — Der Großhandelsindex. Infolge der fortgeschrittenen Marktenwertung hat sich das Niveau der Grobhandelspreise nach den Berechnungen des Statistischen Reichsamtes in der Woche vom 2. bis 8. Oktober um 24 v. H. auf 307,4 Millionenfache des Friedensstandes gehoben. Der Dollaer wurde am 2. Oktober mit 230 Millionen Mark, und am 8. Oktober mit 1,2 Milliarden Mark notiert. Die Steigerung betragt 275 v. H., so daß sich das Goldniveau der Grobhandelspreise (1913 = 100) von 110,8 Gold auf 107,8 Gold senkte. Von den Hauptgruppen liegen die Einfuhrwaren um 280,1 v. H. auf 335,8 Millionenfache, die Inlandwaren um 265,1 v. H. auf 259,8 Millionenfache, ferner die Lebensmittel im Grobhandel um 256,7 v. H. auf 155,5 Millionenfache und die Industriestoffe um 260,5 v. H. auf 236,3 Millionenfache des Friedensstandes.

Die Sonne legte sich jetzt wärmend auf die Dächer, und leise lief der Wind durch alle Linden. Am Tisch warf man sich schnelle Worte zu. Man war im Spiel vertieft. Die Reden wurden hin und her geschoben, und ärgerliche Miene kamen mit Freudenlauten stets zu gleicher Zeit aus zwei verschiedenen Achseln.

Die Sonne legte sich jetzt wärmend auf die Dächer, und leise lief der Wind durch alle Linden. Am Tisch warf man sich schnelle Worte zu. Man war im Spiel vertieft. Die Reden wurden hin und her geschoben, und ärgerliche Miene kamen mit Freudenlauten stets zu gleicher Zeit aus zwei verschiedenen Achseln.

Die Sonne legte sich jetzt wärmend auf die Dächer, und leise lief der Wind durch alle Linden. Am Tisch warf man sich schnelle Worte zu. Man war im Spiel vertieft. Die Reden wurden hin und her geschoben, und ärgerliche Miene kamen mit Freudenlauten stets zu gleicher Zeit aus zwei verschiedenen Achseln.

Die Sonne legte sich jetzt wärmend auf die Dächer, und leise lief der Wind durch alle Linden. Am Tisch warf man sich schnelle Worte zu. Man war im Spiel vertieft. Die Reden wurden hin und her geschoben, und ärgerliche Miene kamen mit Freudenlauten stets zu gleicher Zeit aus zwei verschiedenen Achseln.

beugen, denn er bezwang den Saß und ließ allein die Liebe leuchten.

Der Ruf „Bergib!“ sollte in allen Seelen brennen und alles, alles sollte lieben, was Menschenantlit trägt. Was war aus diesem Gott gemacht? Er schämte sich, wenn er an diese Priester dachte, die Christus schweigend hießen und ihre Weisung vom Großen Hauptquartier empfingen. Es gab auch andre Priester, die nicht um Kreuz, Rubin und Gold die Lüge sanktionieren wollten, allein sie waren schwach und verzagt, sie durften nicht die Wahrheit sagen, so wie sie wollten. Sie waren von der gleichen Art wie Bogelhang. Das Kent, an das sie sich gebunden, verlangte Lüge oder Schweigen. Sie schwiegen und ließen andre lügen. Wie nüchtern war es in der Kirche! Der Priester ohne Anteilnahme. Die Leute kommandiert vom Anhang, so wie sie sonst zum Wasserholen oder Balkentragen befohlen wurden. Sie achteten auch nicht auf jene hingeprochenen Worte. Sie blühten lieber nach der Fliege, die auf dem Rücken ihres Vordermannes saß. Selbst Bogelhang war abgestumpft. Er hatte sich genau die Ordensbänder angesehen, die dieser Priester trug. Ob Christus auch, wenn er sich unter uns bewegte, zwei Orden tragen würde? Für Tapferkeit im Kriege? Und ob er uns wohl sagen würde, das „Diebe! eure Feinde!“ sei nur ein Scherz gewesen? Er, der die Friedebollen selig pries, und der sein sternenhohes Wort der Liebe am Kreuz zur Wahrheit werden ließ? Oder ob er den Saß von „einem Hirn und einer Herde“ verlegnen würde oder erklären: „Es war nicht überlegt?“

Der Priester sprach von Pflichten gegen Vaterland und Volk; die Pflicht dem eigenen Gewissen gegenüber, die er in Friedenszeiten stets im Munde führte, verzog er nun Befehl. Einst sprach der Priester tönend: „Mein Reich ist nicht von dieser Welt“, und jetzt ermahnt derselbe Mann zum Ausbarren in der Sünde, damit ein fleckiges Erbe von gewissen Leuten ausgebeutet werde; trotzdem er wußte, daß nach dem Meistertwort schon der ein Mörder war, der nur den Feind haßte ...

